

## Frage der Gerechtigkeit

Manuela Schwesig: „Nicht Mut zur Lücke, sondern Wut zur Lohnlücke ist angesagt. Denn sie bedeutet für Frauen mehr Armutsrisiko im Alter und weniger Teilhabe. Viele versuchen, die Lohnlücke kleinzureden. Nur Gründe als Erklärung finden zu wollen, ist jedoch nicht gerecht. Und die Einführung der Frauenquote ist keine Elitedebatte, sondern eine Frage von Gerechtigkeit.“



Fotos: Wolfgang Borrs

**Hunderte Männer und Frauen setzten am Brandenburger Tor ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit.**

SoVD, DGB und Deutscher Frauenrat kämpfen für gesetzliche Regelungen



**Unterstützung der großen Protestaktion in Berlin kam auch aus den Landesverbänden.**

## Lohnungleichheit offenlegen

Noch immer erhalten Frauen durchschnittlich 22 Prozent weniger Entgelt als Männer – für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Um für mehr Lohngerechtigkeit zu kämpfen, rief der SoVD gemeinsam mit dem DGB und dem Deutschen Frauenrat (DF) am Equal Pay Day erneut zu deutschlandweiten Demonstrationen auf. Weit über 100 Aktionen fanden am 20. März in den SoVD-Landesverbänden statt; zur Großkundgebung am Brandenburger Tor reisten mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Der Equal Pay Day stand diesmal unter dem Motto „Spiel mit offenen Karten: Was verdienen Frauen und Männer?“ und damit ganz im Zeichen der Lohntransparenz.

„Wir müssen Lohnungleichheit sichtbar machen. Frauen können nur überprüfen, ob der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‘ eingehalten wird, wenn die Lohnstrukturen transparent sind. Dazu werden wir in diesem Jahr gesetzliche Regelungen auf den Weg bringen“, kündigte Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, auf dem Podium an.

und jeder Mitarbeiter solle das Recht haben, zu erfahren, nach welchen Kriterien ihre Tätigkeit wie eingestuft werde. Unternehmen würden aufgefordert, in eigener Verantwortung und mithilfe verbindlicher Verfahren Entgeltgleichheit aufzuspüren und gegebenenfalls Entgeltdiskriminierung gemeinsam mit den betrieblichen Interessenvertretungen und den Beschäftigten zu beseitigen, so Schwesig weiter.

festes Einkommen erwirtschaften, das im Alter reicht. Deshalb trommeln wir bei unseren Aktionen für sozial abgesicherte Jobs ab der ersten Arbeitsstunde“, sagte Schliepack. „Wir sagen Minijobs den Kampf an!“

Auch Mona Küppers, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, und Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender, machten sich auf dem Podium für mehr Entgeltgleichheit stark.

### „Ungleiche Bezahlung ist kein Naturgesetz“

Die Ministerin kritisierte: „Frauen absolvieren die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse, dennoch landen sie häufiger im Niedriglohnbereich. Es ist doch kein Naturgesetz, dass Frauen weniger verdienen als Männer.“ Mit einem individuellen Auskunftsanspruch werde künftig mehr Transparenz für die Beschäftigten geschaffen. Jede Mitarbeiterin

Im Fokus der Proteste am Brandenburger Tor standen außerdem die Probleme der geringfügig Beschäftigten.

SoVD-Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied Edda Schliepack machte deutlich, dass es insbesondere Frauen sind, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. „Für Minijobberinnen sind die Aussichten auf den Ruhestand düster. Besonders gefährdet sind Frauen, die bereits jahrelang in Minijobs arbeiten. Sie können kein armuts-

### Zahlreiche Medienberichte über die Großdemonstration

Über die von SoVD, DGB und DF organisierte Protestaktion gab es ein großes Medienecho. So berichteten u. a. die Nachrichtenagentur epd, das ZDF, die Berliner Morgenpost und der NDR. Auch für das SoVD-eigene Format Web-TV wurde ein Motivationsfilm produziert. Dieser und andere Filme können unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) angesehen und heruntergeladen werden. *veo*

## Transparenz als Schlüssel

Mona Küppers: „Die Verantwortung für ihre Schlechterstellung wird gerne Frauen selbst in die Schuhe geschoben: Sie übernehmen die Familienverantwortung, stünden dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung, sie wählten die falschen Berufe oder verhandelten schlecht. Die Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik ist in der Pflicht. Transparenz ist dabei ein Schlüssel zur Entgeltgleichheit.“



**Will gesetzliche Regelungen auf den Weg bringen: Frauenministerin Manuela Schwesig.**

## Kampf den Minijobs

Edda Schliepack: „Es sind vor allem Frauen, für die der Minijob zur Falle wird. Insbesondere auf Alleinerziehenden und ihren Kindern lastet ein enormes Armutsrisiko. Um die Übergänge aus prekärer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erleichtern, müssen die Minijobs gesetzlich neu geregelt werden. Die Bundesregierung muss klare Zeichen setzen.“



**Aus den SoVD-Gliederungen (hier der Kreisverband Celle) reisten zahlreiche Mitglieder an, vorne im Bild: Edda Schliepack.**



**Gegen Minijobs: SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack.**

## Gesetzliche Regelungen

Reiner Hoffmann: „Es ist gut, dass die Koalition Lohnunterschiede nicht länger dulden und gesetzliche Regelungen schaffen will. Betriebe und Verwaltungen müssen Gehälter so gestalten, dass weder Frauen noch Männer benachteiligt sind. ... Wir werden es auch nicht hinnehmen, dass der Mindestlohn als Bürokratiemonster diskreditiert wird.“



**DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann sprach klare Worte.**